



Es wird nicht einfacher

Keine 32 Prozent der Aargauer Stimmberechtigten haben an den Gross- und den Regierungswahlen teilgenommen. Mehr war nach den Erfahrungen der letzten Wochen auch nicht zu erwarten. In der «Aargauer Zeitung» – selbstverständlich zu Unrecht! – als «langweilig» gescholtene Regierungsräte, nahezu leere Säle an Podien und Kandidierenden-Inzucht-Veranstaltungen an den AZ-Stammtischen waren untrügliche Vorbote einer tiefen Wahlbeteiligung. Letztlich sind wohl vorab diejenigen an die Urne gegangen, die schon vor einem halben Jahr wussten, wen sie wählen würden.

Ein unnützer Wahlkampf also? Wie bei jeder Werbung bleibt auch nach diesen Wahlen unklar, was den Aufwand wirklich lohnte und worauf man hätte verzichten können. Tatsache ist, dass es uns trotz eines enormen persönlichen Einsatzes einmal mehr nicht gelungen ist, zusätzlich genügend Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren, um die Verluste von 2009 wettzumachen. Nichtsdestotrotz danke ich allen, die mich in den vergangenen Wochen unterstützt haben und die für unsere Liste von Haus zu Haus gegangen oder auf der Strasse gestanden sind. Und ich hoffe, dass nicht noch andere einen lädierten Rücken aus dem Wahlkampf davon getragen haben.

Im Grossen Rat bleibt es also dabei: Fortschrittliche Lösungen mit Mehrheiten mitte-links werden auch künftig nur zu erreichen sein, wenn es uns gelingt, über die Parteigrenzen hinweg gute Lösungen zu entwickeln. Nötig sind deshalb zunächst klare eigene Positionen, zugleich aber Kompromissbereitschaft und -fähigkeit. Vor allem aber braucht es taktisches Geschick und Verlässlichkeit gegenüber den Partnern. Hier



Berni Basler

werden unsere Grossrätinnen und Grossräte gefordert sein. Denn nach vier Jahren werden wir danach beurteilt, was wir von unseren Zielen konkret durchgesetzt, nicht was wir nur vorgeschlagen haben.

Nötig sind klare eigene Positionen, zugleich aber Kompromissbereitschaft und -fähigkeit.

Dabei stehen wichtige Entscheide an: Angesichts des andauernden Bevölkerungswachstums werden wir uns in den nächsten vier Jahren mit grundsätzlichen Fragen der Raumplanung und der Zukunft der Verkehrsinfrastruktur zu befassen haben. Die heutigen gesetzlichen Grundlagen taugen nicht für einen Aargau mit 100 000 zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohnern. Die neuen bundesrechtlichen Vorgaben für die Spitalfinanzierung werden einen erheblichen Einfluss auf die Spitallandschaft und die Kantons-

finanzen haben. Die Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden mit der Erarbeitung eines zukunftstauglichen Finanzausgleichs sind eine weitere grosse Herausforderung. Im Bereich der polizeilichen Sicherheit steht eine Grundsatzdiskussion über die künftige Polizeilandschaft vor der Tür. Das neue Einbürgerungsrecht kommt in die zweite Runde. Und in der Wirtschaftspolitik will der Kanton dazu beitragen, dass unsere Industrie konkurrenz- und zukunftsfähig bleibt, gerade auch im hoffentlich atomfreien Energiebereich. Auch die Unterbringung der Asylsuchenden wird uns wohl noch lange beschäftigen.

Den 22 SP-Grossrätinnen und Grossräten gratuliere ich herzlich zu ihrer Wahl und freue mich auf eine intensive Zusammenarbeit in den nächsten vier Jahren. Gemeinsam werden wir trotz schwieriger Ausgangslage einiges bewegen können.

Urs Hofmann aus Aarau ist SP-Regierungsrat.

EDITORIAL

Wahlen 2012

Der Super-Wahlsonntag ist vorüber. Ab April 2013 beginnt die neue, für die ParlamentarierInnen verkürzte Legislaturperiode 2013–2016. Um es vorweg zu nehmen: Ich danke



Euch ganz herzlich, die ihr Euch im Wahlkampf so stark engagiert habt. Sei dies nun als KandidatIn, als UnterstützerIn, als SpenderIn oder als WahlkampfverantwortlicheR.

Schön ist: Wir haben einen sehr gut wiedergewählten Regierungsrat. Ich danke sowohl Urs Hofmann als auch allen UnterstützerInnen für den grossen Einsatz im Regierungsratswahlkampf. Die erste Einschätzung unseres Regierungsrats steht gleich nebenan.

Unschön ist: Die durch die Bezirksparteien und die Kantonalpartei definierten Ziele bezüglich Grossratswahlen konnten wir nur teilweise erreichen. Wohl sind in den Bezirken Rheinfelden und Kulm die an die politische Konkurrenz abgewanderten Sitze seit dem 21. Oktober wieder SP-Sitze. Wohl schmerzt der Sitzverlust in Zofingen, und der Gewinn in Baden ist schön. Einerseits freue ich mich über die neuen GrossrätInnen, die ab April in Aarau die Fraktion ergänzen werden, andererseits macht mich die Nicht-Wiederwahl eines verdienten Grossrats unglücklich. Unzweideutig müssen wir festhalten und zur Kenntnis nehmen: Aufgrund des Rückgangs der WählerInnenprozente sind wir die Nummer 3 im Kanton, und wir konnten nicht wie als Ziel vor den Wahlen definiert auf 24–27 GrossrätInnen wachsen. Eine erste Analyse findet ihr ebenfalls in dieser links.ag-Ausgabe.

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen – es gibt noch sehr viel zu tun.

Marco Hardmeier von Aarau ist SP-Grossrat und Präsident der SP Aargau.

KOMMENTAR

Nein zur Asylgesetz-revision

Das Referendum setzt ein klares Zeichen und erteilt der Verschärfungspolitik im Asylwesen eine klare Absage.



Die inhaltliche Ablehnung der Verschärfungen ist unumstritten. Dies wird nicht nur im Referendumskomitee, sondern auch weit darüber hinaus bejaht. Die

Gesetzesänderungen richten sich direkt gegen Flüchtlinge und Asylsuchende. Die Abschaffung des Botschaftsverfahrens hat nur die Absicht, Flüchtlinge davon abzuhalten, in die Schweiz zu gelangen. Die Einengung des Flüchtlingsbegriffs macht Deserteure zu Missbrauchern. Und die Einführung von besonderen Zentren, die niemand Lager nennen möchte, will Asylsuchende möglichst aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verbannen. Sie macht «Renitente» zu Kriminellen und öffnet die Tür für Willkür. Dazu kommt ein Freipass für den Bundesrat, mit Beschwerdefristen leichtfertig umzugehen. Dass all diese Massnahmen obendrein für dringlich erklärt wurden, ist haltlos. Es zeigt schonungslos die parlamentarische Hilflosigkeit in der Asylpolitik auf. In der Debatte wurde stets betont, „dass etwas getan werden müsse“. Nun wurde irgend etwas getan, nichts beschleunigt und nichts verbessert, es wurde lediglich verschärft.

Das Referendumskomitee ist mit dieser Politik nicht einverstanden und ergreift deshalb das Referendum. Es ist das einzig richtige Zeichen gegen die bürgerlichen Spielchen auf dem Rücken der Flüchtlinge und Asylsuchenden. Man muss gegen diese Änderungen Stellung beziehen. Ob als HumanistIn, als PazifistIn, als aufgeklärte DemokratIn, als liberales Individuum oder als VerfechterIn von Rechtsgleichheit.

Patrizia Bertschi von Ennetbaden war SP-Gemeinderätin und SP-Grossrätin. Sie ist Präsidentin des Vereins Netzwerk Asyl Aargau.

Dieser Ausgabe von links.ag liegt ein Unterschriftenbogen für das Referendum bei. Unterschriftenkarten bis am 10. Dezember (die Frist läuft bis Mitte Januar 2013) bitte an Verein Netzwerk Asyl Aargau, Postfach 15, 5623 Boswil.

Die neue SP-Fraktion im

Am 21. Oktober wurden 22 SP-Mitglieder in den Grossen Rat gewählt – gleich viele wie im März 2009. Die zwei während der Legislatur abgewanderten Sitze sind wieder zurück, jedoch auch nicht mehr. Die SP wird also weiter kämpfen müssen, aus einer Minderheitsposition, aber mit dem Willen und der Verantwortung, sich für alle (und nicht nur für wenige) einzusetzen, auch wenn diese das nicht honorieren. links.ag wünscht der neuen SP-Fraktion dazu die nötige Kraft, Schlaueit und viel Erfolg!

Die Mitglieder der neuen SP-Grossratsfraktion haben folgenden Satzanfang weitergeführt: «In der nächsten Legislatur ...»



Marco Hardmeier
1976, Aarau, Schulleiter, Präsident SP Kanton Aargau, vpod, vslag, bisher «... müssen wir klar und deutlich aufzeigen, wohin die bürgerliche Politik

den Kanton Aargau führt und dass wir die besseren politischen Lösungen haben – so in der Energie-, Bildungs-, Gesundheits- und Steuerpolitik.»



Jürg Cafilisch
1962, Baden, Sozialarbeiter FH, Leiter Jugend- und Familienberatung, Präsident VCS Aargau, vpod, bisher «... müssen wir uns noch stärker auf die sozialen und

ökologischen Kernthemen fokussieren und diese im Grossen Rat und gegenüber unseren Mitgliedern und der Öffentlichkeit noch pointierter vertreten.»



Jürg Knuchel
1959, Aarau, Dr. med., Leiter der Arzt KSA, Facharzt Gastroenterologie und Hepatologie, Einwohnerrat, Stiftungsrat «aarau eusi gsundi stadt», vpod, neu

«... müssen wir unverändert und in aller Deutlichkeit zu unserer politischen Überzeugung stehen und diese glaubwürdig gegen innen und gegen aussen kommunizieren.»



Martin Christen
1949, Turgi, Bezirkslehrer, vpod, alv, bisher «... müssen wir beharrlich dran bleiben bei der Förderung von erneuerbaren Energien und dem

Abschalten der teuren und umweltschädlichen AKW.»



Franziska Graf-Bruppacher
1971, Aarau Rohr, Buchhalterin, Einwohnerrätin, ehem. Schulpflegepräsidentin KSBR, neu

«... müssen wir versuchen, die Kraft unserer Gegner zu unseren Gunsten zu nutzen.»



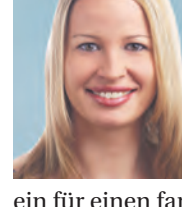
Kurt Emmenegger
1955, Baden, Jurist, Geschäftsleiter Unia Region Aargau, Präsident Aargauischer Gewerkschaftsbund AGB, Unia, bisher

«... müssen wir Steuergerechtigkeit, Arbeit und Weiterbildung für alle schaffen.»



Marie-Louise Nussbaumer Marty
Nussbaumen, 1954, Erwachsenenbildnerin, Gemeinderätin Obersiggenthal, Co-Präsidentin SP-Fraktion, bisher

«... müssen wir dranbleiben. SP-PolitikerInnen müssen sich heute dafür einsetzen, dass unser Land nicht gänzlich zum «Herz der Finsternis» wird (The Independent): www.infosperber.ch/Dossier/Die-zehn-Schonheitsfehler-der-Schweiz»



Anna Andermatt
1983, Baden, Ärztin, VSAO, neu «... müssen wir uns bemühen, mit klaren Positionen unsere Wählerschaft zu überzeugen. Ich setze mich

ein für einen familienfreundlicheren und sozialeren Aargau mit einer finanzierbaren guten Grundversorgung für alle!»

Grossen Rat



Thomas Leitch-Frey

1962, Wohlen, Sekundarlehrer, Präsident SP Bezirk Bremgarten, alv, VAA, vpod, bisher

«... müssen wir mit noch mehr Vehemenz für unsere Forderungen kämpfen: für einen starken Staat mit genügend Ressourcen, für eine gerechte Sozial- und Steuerpolitik, für Bildung und Forschung und für die Energiewende.»



Rosmarie Groux

1954, Berikon, Krankenschwester, Vizeamtsfrau, Vorstand SP Mutschellen-Kelleramt, Unia, bisher

«... müssen wir stärker auftreten, öfters mal das letzte Wort haben, ins Mikrofon schreien, jede Möglichkeit für einen Medienauftritt nutzen, fordern und ablehnen, mit lächelndem Gesicht immer freundlich, aber bestimmt.»



Dieter Egli

1970, Windisch, lic. phil I (Soziologie), Projektleiter Kommunikation, Copräsident SP-Fraktion, GL SP Kanton Aargau, Vorstand SP Bezirk Brugg, bisher

«... müssen wir als Grossratsmitglieder in den Bezirken und Gemeinden viel präsenter sein und für die SP eintreten. Dort müssen wir unsere Forderungen immer wieder mit einfachen Worten erklären und vertreten.»



Martin Brügger

1959, Brugg, Ingenieur HTL, Koordinator Kant. Amt f. Wirtschaft u. Arbeit, Eidg. Zivildienstkommission, neu

«... müssen wir Mehrheiten finden für eine umsichtige Raumplanung, eine geschickte Energie- und eine weitsichtige Arbeitsmarktpolitik. Und keine Mehrbelastung für Familien!»



Alfred Merz

1955, Menziken, Elektromonteur, Vizeammann, Präsident SP Menziken-Burg, Unia, neu

«... müssen wir die Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen suchen, um gute Ideen mehrheitsfähig zu machen. Und den Kanton Aargau in allen Regionen nachhaltig und umweltbewusst weiter entwickeln.»



Elisabeth Burgener Brogli

1961, Gipf-Oberfrick, Werkleherin, Mentorin fhnw Soziale Arbeit, Co-Präsidentin Bezirk Laufenburg, GL SP Kanton Aargau, alv, vpod, bisher

«... müssen wir noch intensiver für unsere Anliegen - für mich unter anderem der Einsatz für eine faire Atommüllpolitik und die Kantonalisierung der Heilpädagogischen Schulen - die überparteiliche Zusammenarbeit suchen.»



Scholl-Debrunner Kathrin

1962, Lenzburg, stv. Geschäftsführerin alv, Grossratspräsidentin 2012/13, bisher

«... müssen wir vereint und dezidiert auftreten und unsere Kernthemen offensiv kommunizieren. Wir müssen aus der inneren Stärke heraus agieren und die Lust an der Arbeit sichtbar werden lassen.»



Trix Beck

1953, Schafisheim, Heilpädagogin, Psychotherapeutin, Kerngruppe SP Frauen AG (bis 31.10.2012), Präsidentin SP Schafisheim, bisher

«... müssen wir weiterhin mit Vehemenz unsere sozialdemokratischen Positionen vertreten, klare Ziele verfolgen und unermüdlich für die Menschen in unserer Gesellschaft eintreten, die dies nicht selber tun können.»



Flurin Burkard

1987, Waltenschwil, Automechaniker, Vorstand Caritas Aargau, Vorstand VCS Aargau, Unia, bisher

«... müssen wir trotz des enttäuschenden Wahlausgangs hartnäckig unsere Standpunkte vertreten und den Bürgerlichen um so mehr Paroli bieten. Viele Aargauerinnen und Aargauer zählen auf uns!»



Peter Koller

1953, Rheinfelden, Gymnasiallehrer, Schulpfleger, vpod, bisher

«... müssen wir unsere Anliegen für einen sozialen Kanton mit intakter Umwelt noch überzeugter vertreten, bei jeder Abstimmung im Ratssaal sein und mit den offenen Leuten anderer Parteien gute Koalitionen schmieden.»



Sukhwant Singh-Stocker

1963, Möhlin, Informatik-Ingenieur FH, Dipl. Informatikrevisor, Vizepräsident Schulpflege, neu

«... müssen wir uns für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität, die Einbindung der MigrantInnen und anderen Minderheiten, eine zeitgerechte öffentliche Schule, eine nachhaltige und umweltgerechte Wirtschaft einsetzen.»



Manfred Dubach

1958, Zofingen, Geschäftsführer alv, lic. phil. nat., Präsident Staatspersonalverbände KAS-PV, alv, vpod, bisher

«... müssen wir mit vereinten Kräften und geschicktem Taktieren dafür sorgen, dass die Themen Soziales, Bildung, Umwelt und Gesundheit nicht von einer restriktiven Finanzpolitik dominiert und an den Rand geschoben werden.»



Viviane Hösli

1984, Zofingen, Buchhändlerin, Einwohnerrätin, Vizepräsidentin AGB, Vorstand SP Bezirk Zofingen, Vorstand Syndicom Aargau, neu

«... müssen wir uns dafür einsetzen, dass trotz Spardruck die Anliegen von Menschen mit niedrigem Einkommen im Kanton vertreten werden. Das sind Lebensumstände, die ich nicht aus den Statistiken, sondern aus dem persönlichen Alltag kenne.»



Astrid Andermatt

1956, Lengnau, Fachlehrerin Werken und Gestalten, Vorstand SP Surbtal und SP Bezirk Zurzach, alv, Vorstand VAA, bisher

«... müssen wir endlich die Früchte unseres langjährigen Einsatzes für eine intakte Umwelt und den Umstieg auf erneuerbare Energien ernten können. Es gilt, die Energiestrategie des Bundes im Aargau umzusetzen.»

KOMMENTAR

Noch viel zu tun

Nach den letzten Grossratswahlen 2009 war alles anders. Wir hatten viele parteiinterne Erklärungen für das schlechte



Resultat der SP: Ein kurioses Wahlplakat, die nach dem Regierungswahlkampf von Urs Hofmann ein halbes Jahr vor den Grossratswahlen ermüdete Basis, die Abwesenheit der «Lichtfiguren», kompliziert

formulierte Wahlslogans. Dazu kamen das neue Wahlsystem, das die grossen Parteien Sitze kostete, und neue Parteien in der Mitte, die die WählerInnen mit Sirengesängen lockten. Und die tiefe Wahlbeteiligung.

Und jetzt? 22 sind gewählt, die meisten nach engagiertem Wahlkampf, die abgewanderten Sitze wieder bei der SP. Eine SP als Nummer drei ist aber schlecht für den Aargau. Die Nationalratswahlen 2011 liessen auf mehr Erfolg 2012 hoffen. Unser Regierungsrat Urs Hofmann war sehr präsent: Es ging auch um seine Wahl. Aber sein Sitz galt diesmal als sicher und holte nicht genug WählerInnen an die Urnen. Die Kantonalpartei hat die Wahlen umsichtig organisiert, eine unité de doctrine und des visuellen Auftritts durchgesetzt – aber die Verantwortung lag, anders als 2011, schwergewichtig bei den Bezirksparteien. Und wo waren unsere Lichtgestalten? Bei den bürgerlichen Parteien gaben sich die nationalen Spitzen die Ehre – bei der SP wieder kein Parteipräsident Levrat, und keine unserer BundesparlamentarierInnen für die GrossrätInnen. Das war politisch unklug. Unsere Themen setzen einen Kontrapunkt zum trendigen Egoismus. Sie würden auch gehört und verstanden, wenn sie von allen, und nicht nur von wenigen, energischer und glaubhafter vertreten würden. Die Partei und ihre Mitglieder auf allen Ebenen – vor allem, aber nicht nur in den Bezirksparteien – sind nun gefordert, mehr zu tun, damit unsere Ideen und Argumente besser ankommen. Bis 2016 ist noch viel zu tun.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

WAHLKOMMENTAR

Erste Einschätzung:
Sehr durchzogen

Liebe Genossinnen und Genossen

Die Wahlen 2012 sind vorbei. Wir haben weiterhin einen sehr gut gewählten Regierungsrat Urs Hofmann. Hier haben wir das Ziel erreicht. Für Euren Einsatz für die Regierungsratswahlen danke ich Euch ganz herzlich! Und wir haben weiterhin respektive erneut 22 Grossrätinnen und Grossräte. Ich gratuliere allen neugewählten und bisherigen Grossrätinnen und Grossräten ganz herzlich zur Wahl und freue mich auf die Zusammenarbeit! Zudem möchte ich Euch allen, den Kandidierenden und den vielen engagierten Mitgliedern und UnterstützerInnen, ganz herzlich für den grossen geleisteten Einsatz danken. Aber bei den Grossratswahlen haben wir das gesetzte Ziel ganz klar nicht erreicht.

Wie kam es zu diesem Ergebnis, das unter der Erwartung von uns allen liegt? Die Analyse ist dieses Mal, im Gegensatz zu 2009, nicht so einfach zu machen. Aber sie ist möglich. Eine erste Einschätzung nach den Wahlen wird vom Parteipräsidenten zu Recht erwartet. Hier folgt sie nun.

1. Eine Tendenz liess sich bereits am Wahltag aus den laufend eingehenden Gemeindergebnissen herauslesen: In grösseren Gemeinden schneiden wir grundsätzlich positiv ab, auf dem Land eher nicht so gut. Dies ist aber weniger ein Stadt-Land-Graben, denn es gab auch durchwegs ländliche Bezirke, in denen wir zulegen konnten. Es hat wohl mehr damit zu tun, dass wir dort zulegen, wo wir mit Sektionen vor Ort und mit profilierten und bekannten Mitgliedern vertreten sind, die klar für ein Thema stehen und Präsenz zeigen. Nach den Wahlen ist vor den Wahlen: Es wäre mehr als bloss wünschenswert, dass sich zukünftig neben den wichtigen neuen Gesichtern auch viel mehr profilierte Gemeinderätinnen, versierte Schulpfleger und bekannte Steuerkommissionsmitglieder auf der Liste der SP zur Wahl zur Verfügung stellen.

2. Wir haben vermutlich sehr viele Stimmen bei den Nicht-WählerInnen verloren: Wir haben ein massives Mobilisierungsproblem. Es liegt an uns, diejenigen Menschen, welche unserer Politik wohlgesonnen sind, auch an die Wahlurne zu bewegen. Schlecht gewählter

Wahltermin mit Ferien mittendrin hin oder her, hier müssen wir uns gemeinsam noch so einige Gedanken machen, und das weit über Facebook und Co. hinaus.

3. Es war ein Super-Wahlsonntag. Regierung und Parlament wurden in einem Durchgang gemeinsam gewählt. Schlussendlich war es sein persönliches Verdienst und unser aller Glück, dass Urs Hofmann unbestritten war und ist. Aber der zusätzliche Mobilisierungseffekt, der bei einer eigenen Vakanz oder bei einem bestrittenen Regierungsrat auftritt, fehlte. Dies ist niemandes Schuld, aber wohl ein weiterer Effekt, den man meiner Meinung nach berücksichtigen muss.

Kurzum: Es wurde an viele Orten gut gearbeitet. Wir können es uns aber wohl dieses Mal nicht ganz so einfach machen und die ganze

Wo wir mit Sektionen vor Ort und mit profilierten und bekannten Mitgliedern vertreten sind, die klar für ein Thema stehen und Präsenz zeigen, legen wir zu.

Schuld auf Aarau respektive die Kantonalpartei abschieben. Diese hat ihre Hausaufgaben nach den letzten Grossratswahlen gut gemacht, wie das Ergebnis der National- und Ständeratswahlen 2011 zeigt. Jetzt müssen wir wohl oder übel einen Schritt weiter gehen und auf Bezirksebene genauer hinschauen. Nicht, um einander den schwarzen Peter hin- und her zu reichen. Nicht, um einander unnötig weh zu tun. Aber so selbstkritisch, dass wir 2016 endlich wieder zulegen. Weil in einer Minderheitsposition, wie wir es aktuell sind, lässt sich in diesem Kanton nicht einfach etwas zum Guten bewegen. Und dies ist dringender nötig als je.

Herzlichen Dank für Euren Einsatz und eben solche Grüsse

Marco

Marco Hardmeier von Aarau ist SP-Grossrat und Präsident der SP Aargau.



GROSSER RAT

Ein Rücktritt und drei Verzichte

Drei SP-Fraktionsmitglieder im Grossen Rat sind nicht mehr zu den Wahlen angetreten, eines bereits im Juli 2012 zurückgetreten. Barbara Roth, Heinrich Schöni, Lothar Brünisholz und Rita Böck haben alle auf ihrem Gebiet Erfahrung und Kompetenz in den Ratsbetrieb eingebracht.

Zwei von ihnen waren «höchste Aargauer»: Barbara Roth 2003/2004, Heinrich Schöni 2007/2008. Beide leiteten den Grossen Rat souverän und machten der SP Ehre. Heinrich Schöni war von 2002 bis 2005 auch Präsident der SP Aargau – in schwieriger Zeit, nachdem seit 2001 die SP-Fraktion mit 36 von 200 erstmals noch halb so viele Mitglieder hatte wie die SVP. Barbara Roth, mit der ich in der denkwürdigen Wahl vom 7. März 1993 in den Grossen Rat gewählt wurde, erlebte noch eine SP-Fraktion mit 49 Mitgliedern. Obwohl stärkste Fraktion, kam die SP gegen die bürgerliche Mehrheit aber auch dann nicht an. Es musste immer gekämpft werden.



Barbara Roth

Barbara Roth hielt es fast 20 Jahre im Grossen Rat aus: vom 1. April 1993 bis am 3. Juli 2012. Ihr Rücktritt ist berufsbedingt (siehe Interview). Als ehemalige Pflegefachfrau

und Pflegeschullehrerin und als Leiterin des Sozialdienstes Erlinsbach interessierte sie vor allem die Gesundheits- und Sozialpolitik. Von 1993 bis 2001 arbeitete sie in der Gesundheitskommission, von 2005 bis 2012 in der Kommission Gesundheit und Sozialwesen, die letzten vier Jahre als deren Präsidentin. Dazu kamen verschiedene gesundheits- und sozialpolitische Spezialkommissionen. Ihr Präsidentschaftsjahr und ihre drei Regierungsratskandidaturen 2001 und 2004 heben diese Sozialdemokratin hervor: nicht am linken Rand der SP verankert, aber immer für soziale Gerechtigkeit einstehend.



Heinrich Schöni

Er kam über den Landesring in die SP und am 2. Mai 2000 in den Grossen Rat. Der Finanzspezialist und Kadermann des Buchhändler- und Verlegervereins war nicht nur

der freundliche und launige Mitbürger, als den ihn viele missverstanden. Vor allem als

Grossratspräsident konnte er energisch werden. Seit 2001 arbeitete Heinrich Schöni in der Staatsrechnungs-, ab 2005 in der Kommission Aufgabenplanung und Finanzen (KAPF), zuletzt als deren Präsident, dazu in der GPK und in weiteren finanzstrategischen und in der Bankkommission (als Präsident). Der Oftringer Gemeinderat mit Jahrgang 1943 hat nun nicht mehr kandidiert. Mit ihm verschwindet ein geachteter Grossrat - und einer der letzten, der noch einen anständigen Tango oder Walzer tanzen kann.



Lothar Brünisholz

Wie unser SBB-Mann und ehemaliger Zofinger Gemeinderat Lothar Brünisholz, der 2001 erstmals in den Grossen Rat gewählt wurde. Der Feuerwehrkundige arbeitete in der

Kommission selbständige Staatsanstalten und in der GPK, dazu als stellvertretendes Mitglied in den Kommissionen Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung und Justiz. Umgänglich und zuverlässig vertritt der 1941 Geborene bis März 2013 eine gewerkschaftsorientierte SP im Grossen Rat.



Rita Boeck

Am 18. März 2008 eingetreten, tritt Rita Boeck am 31. März 2013 aus beruflichen Gründen aus dem Grossen Rat aus. Die 1963 geborene Lehrerin, Schulleiterin und Mutter

hat ihre langjährige Erfahrung im Schulwesen in ihre Politik eingebracht. Zudem vertritt sie die Gegnerschaft des Atommülllagers im Bözberg KAIB in der Regionalkonferenz Jura Ost. Rita Boeck arbeitet bis März 2013 in den Kommissionen Allgemeine Verwaltung und GPK, zuvor war sie Stellvertreterin in der Kommission Volkswirtschaft und Abgaben.

Die SP Kanton Aargau dankt den vier GenossInnen für ihr Engagement im Grossen Rat!

INTERVIEW

Eine verdiente Genossin: Barbara Roth

Als vollamtliche Fachrichterin Kindes- und Erwachsenenschutz seit dem 1. November hast Du Dein Grossratsmandat und die Leitung des Erlinsbacher Sozialdienstes abgegeben. Du kannst nun Deine Erfahrung im neu gestalteten Kindes- und Erwachsenenschutzrecht einbringen.

Welches sind dort die Herausforderungen, und was hat Dich für diese neue Tätigkeit speziell motiviert?

Eine grosse Herausforderung als Mitglied der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ist es, behördliche Schutzmassnahmen-Entscheidungen zu treffen, die den betroffenen Personen die effektiv notwendige Unterstützung bieten. Und dabei stets ihr Selbstbestimmungsrecht und ihre Persönlichkeitsrechte hoch achtet. Ich freue mich riesig, beruflich nochmals zu neuen Ufern aufzubrechen und mich dieser anspruchsvollen Aufgabe zu stellen.

Was bleibt Dir von den 19 Jahren im Grossen Rat besonders in Erinnerung? Als wir im April 1993 gemeinsam im Kantonsparlament anfangen, war noch vieles anders als heute...

In bester Erinnerung werden mir zweifellos mein Jahr als Grossratspräsidentin und die vielen wertvollen Begegnungen mit den verschiedensten Menschen bleiben. In Tat und Wahrheit hat sich in diesen 19 Jahren gar nicht so viel verändert. Es war nie einfach, Mehrheiten für unsere politischen Ziele zu finden.

Was wünschst Du der neuen SP-Fraktion im Grossen Rat?

Das notwendige innere Feuer, aber auch die Gelassenheit und die gesunde Portion Humor, die es braucht, damit politische Arbeit lustvoll bleibt.

Barbara, wir danken Dir für Deinen grossen Einsatz in der Aargauer Politik, den Du auch in den für die SP nicht einfachen Zeiten mit viel Kraft geleistet hast.

Barbara Roth von Erlinsbach war von 1993 bis Juli 2012 SP-Grossrätin und präsidiert die SP des Bezirks Aarau.

KOMMENTAR

Wir fordern die Auflösung der Nagra

Die jüngst von der Sonntagspresse veröffentlichten vertraulichen Papiere der



Nagra zeigen eines deutlich: Das heutige Verfahren zur Standortsuche für ein Atommülllager ist eine Farce. Wir, das Schweizer Volk, der Bundesrat und das Bundesamt für Energie, werden allesamt von der Nagra und deren Trägerschaft, der Energielobby, über den Tisch gezogen. Geht es nach der Nagra, werden schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Zukunft im Bözberg gelagert.

Nun gilt es, das Schwierigste in einem Kanton der Regionen zu erreichen: Solidarität mit dem Widerstand am Bözberg. Denn es betrifft auch die Menschen in Muri, in Zofingen, in Reinach und in Seengen, wenn im Aargau ein Atommülllager gebaut wird. Auf den bürgerlich dominierten Regierungsrat können wir nicht zählen. Er arbeitet unter der Federführung von Baudirektor Beyeler «konstruktiv» mit der Nagra zusammen.

Wir fordern die Auflösung der Nagra. Danach lanciert der Schweizerische Nationalfonds für die Aufgabe der Standortsuche einen neuen Forschungsschwerpunkt zur Energieforschung und Atommülllagerung. Nach Abschluss der Forschungsarbeiten erarbeitet eine unabhängige und demokratisch legitimierte Kommission Lösungsvorschläge zu Händen des Bundesrats und des Parlaments (mit Volksabstimmung bei Referendum). Es geht hier nicht um eine St. Florians-Politik, sondern darum, ein faires, transparentes und wissenschaftlich fundiertes Verfahren für die Suche nach einem geeigneten Standort aufzubauen.

Eva Schaffner von Aarau ist Vizepräsidentin der SP Aargau und Präsidentin von KAAZ! (Kein Atommüll im Ballungsgebiet Aarau-Zofingen).

Elisabeth Burgener Brogli von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau und Präsidentin KAIB (Kein Atommüll im Bözberg).

Astrid Andermatt von Lengnau ist SP-Grossrätin und Co-Präsidentin LoTi (nördlich Lägern ohne Tiefenlager).

ATOMMÜLLTIEFENLAGER

Nagra hat Vertrauen

Der Genfer Geologieprofessor Walter Wildi ist im August 2012 aus dem «Beirat Endlager» des Uvek* ausgetreten, weil seine Kritik am Vorgehen der Nagra folgenlos blieb, ja, von der Departementschefin gerügt wurde. Wildis Hauptvorwurf: Der Nagra sind Machbarkeit und Akzeptanz der Oberflächenstandorte wichtiger als die Sicherheit. links.ag hat Walter Wildi in Aarau getroffen, wo er bei KAAZ zum «Sachplan nukleare Entsorgung» sprach, und befragte den erfahrenen Geologen zur Sicherheit von Endlagern und zum Vorgehen der Nagra.**

links.ag: Walter Wildi, warum werden Sie auch «Vater des Schweizer Endlagerkonzepts» genannt?

Walter Wildi: Ich präsierte in den Jahren 2000 bis 2002 die «Expertengruppe Entsorgungskonzepte für radioaktive Abfälle» (EKRA) des Bundesrates. Diese Gruppe schlug das heute gesetzlich fixierte Konzept für die geologische Tiefenlagerung vor, in welchem die Lager überwacht werden und aus denen Abfälle bei Bedarf wieder rückgeholt werden können.

Sind Endlager für hochaktiven und für schwach und mittelaktiven Atommüll in der Schweiz nicht eine Mission Impossible? Ihre Analyse im Referat legt das nahe, und Sie nennen die Aufgabe «pharaonisch».

Unsere Gesellschaft hat keine andere Wahl: Sie muss für die radioaktiven Abfälle aus der Stromproduktion aus den Jahren von 1969 (Eröffnung des KKW Beznau 1) bis zur Demontage des letzten Werkes nach 2030 eine möglichst sichere Lösung zur Verwahrung der Abfälle planen und umsetzen. Ansonsten lassen wir die ganze Belastung den kommenden Generationen. Heute gibt es auch keine sogenannte «internationalen» Lösungen. Niemand will unsere Abfälle übernehmen; wir müssen folglich die bestmögliche Lösung im eigenen Land suchen.

Sie sprechen von «möglichst sicheren» Endlagern. Ist das wissenschaftliche Redlichkeit oder Kapitulation vor der Unmöglichkeit der Aufgabenerfüllung?

Wissenschaftliche Redlichkeit schliesst die Möglichkeit künftiger Fortschritte, aber auch die Möglichkeit ein, dass sich die Wissenschaft täuschen kann. Es ist deshalb wichtig, dass ein Projekt mit grossen möglichen Folgen für Menschen und Umwelt die Anpassung an neue Erkenntnisse vorsieht. Die im Kernenergiegesetz geforderte «dauernde sichere Entsorgung» ist diesbezüglich eine grosse Heraus-

forderung, nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die Redlichkeit und Bescheidenheit der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.

Stimmt es, dass BFE und Nagra keine Sicherheitsdiskussion in den Regionalkonferenzen wünschen?

Es ist richtig, dass die Sicherheitsfragen im Verfahren für Spezialisten reserviert waren. Dies ist aber ein Fehler: Soll die zivile Gesell-

Ich würde vorschlagen, dass die Aufgabe einer anerkannten Bundesanstalt wie dem Paul Scherrer Institut (PSI) übertragen wird.

schaft, also Einwohnerinnen und Einwohner, Gemeinden und andere Betroffene, Vertrauen in die vorgeschlagenen Lösungen haben, so müssen alle Partner im ganzen Prozess der Standortwahl für geologische Tiefenwahl mit einbezogen sein.

Was kritisieren Sie am Vorgehen der Nagra?

Die Nagra klammert sich noch immer an alte Schemata und will ihre Tätigkeit nicht ausschliesslich nach Sicherheitskriterien ausrichten. Dies führt dazu, dass sie Oberflächenanla-

NAGRA

Die AKWs und damit die Nagra gehören über die Beteiligung der Kantone und Gemeinden der Bevölkerung. Die Genossenschaftler der Nagra sind: Schweizerische Eidgenossenschaft (vertreten durch das Departement des Innern), BKW FMB Energie AG, Bern (Kernkraftwerk Mühleberg), Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG, Däniken, Kernkraftwerk Leibstadt AG, Leibstadt, Axpo AG, Baden (Kernkraftwerke Beznau I und II), Alpiq Suisse SA, Lausanne, Zwiilag Zwischenlager Würenlingen AG, Würenlingen. (siehe www.nagra.ch)

verspielt

Johannes Rüesch



Walter Wildi im Aarauer Naturama

gen in Gebieten mit Grundwasservorkommen vorschlägt, dass sie auch keine Sicherheitsabstände zu Siedlungsgebieten vorsieht und dass sie die Verbindung zwischen Oberflächenanlagen und Tiefenlagern durch Tunnel statt durch die viel kürzeren, sichereren und einfacher zu unterhaltenden vertikalen Minenschächte bewerkstelligen will. Ihr kürzlich publizierter Bericht zur Explorationsstrategie zeigt auch, dass sie mit einer vorgefassten Meinung an der Standortwahl arbeitet. Sie könnte also Standorte mit guten Eigenschaften im Interesse ihrer eigenen vorgefassten Meinung zurückstellen.

Es stellen sich auch demokratiepolitische Fragen. Warum ist der Standortbericht der Nagra vom November 2011 erst am vergange-

nen 7. Oktober enthüllt worden? Wer konnte am Vertuschen interessiert sein?

Es brauchte offensichtlich etwas Zeit, bis die Kenner des Berichtes die Indiskretion wagten. In der Schweiz sind bekanntlich Whistleblower gesetzlich nicht geschützt und riskieren in jedem Falle eine gerichtliche Verfolgung.

Überraschte Sie die Fokussierung auf zwei Tiefenlager im Nagra-Papier?

Das Nagra-Papier reproduziert eine alte Forderung dieser Organisation. Dies entspricht vermutlich einer internen Leitlinie, welche bewusst oder unbewusst unterhalten und aufrecht erhalten wird. Finanziell bringt diese Politik nichts, aber so weit hat sich die Geschäftsleitung der Nagra offenbar noch nicht überlegt.

Kommt es der Nagra gelegen, dass das vertrauliche Papier gerade jetzt an die Öffentlichkeit gelangt? In den letzten Monaten hat die Unzufriedenheit in den Regionalkonferenzen zugenommen, die Widerstandsorganisationen koordinieren sich. Mit der Veröffentlichung des Papiers könnte nun der Widerstand geteilt und so geschwächt werden.

Das Papier ist eine Katastrophe: Schon in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts scherte die Nagra bei der Standortwahl aus dem fixierten Prozess aus und schlug den Standort Wellenberg vor. Das Resultat kennen wir heute: Ablehnung durch das Volk in einer Urnenabstimmung. Offenbar wiederholt sich das Szenario heute.

Genügt es, die Nagra-Führung auszuwechseln? Muss man die ganze Atommüllproblematik nicht ganz neu und intelligenter angehen?

Das Kernenergiegesetz gibt die Möglichkeit, dass der Bund den Abfall selbst, aber auf Kosten der Produzenten beseitigt. Ich würde vorschlagen, dass die Aufgabe einer anerkannten Bundesanstalt wie dem Paul Scherrer Institut (PSI) übertragen wird.

Woraus schliessen Sie, dass die AKW-Energiegewinnung am Ende ist?

In den westlichen Industriestaaten ist die Industrie nicht mehr in der Lage, die auslaufenden Werke zu ersetzen. Es gibt auch das entsprechende Wissen und die für eine Aufrechterhaltung der Kernenergieindustrie notwendigen Wissenschaftler und Ingenieure nicht mehr. Es würde sich wohl auch niemand mehr finden, um Industrieanlagen zu finanzieren, die erst in 15 und mehr Jahren einen Umsatz und erst viel später einen Gewinn produzieren. Man spricht heute viel vom Preis des Ausstiegs aus der Kernenergie. Aber das Verbleiben in der Kernenergie wäre noch viel kostspieliger.

*Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

** KAAZ! (Kein Atommüll im Ballungsgebiet Aarau-Zofingen). Die in Aarau vorgestellte Studie kann auf www.ka-az.ch heruntergeladen werden.

Walter Wildi, geboren 1948 und aufgewachsen in Brittnau, ist seit 1986 Geologieprofessor an der Universität Genf. Er war von 1997 bis 2007 Mitglied der Eidgenössischen Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen (KSA) und präsierte diese von 2002 bis 2007. Die KSA wurde 2008 durch die schlechter dotierte Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) ersetzt. Walter Wildi war von 2009 bis Sommer 2012 Mitglied des Beirats Entsorgung des Bundes. Die Fragen stellte **Katharina Kerr**.

FRAUENKONFERENZ 2012

Innehalten bringt Rückschritte

Das Jahr 2012 stand im Zeichen von SP-internen Diskussionen und der Wahlen. Die zur Unterstützung des Grossratswahlkampfes von der Kerngruppe anfangs 2012 entworfenen Massnahmen wurden in einer Umfrage unter den Kandidatinnen bestätigt: Die minimalen Ressourcen sollten optimal genutzt werden mit einer (sodann gut besuchten) Medienschulung, der Aktualisierung von www.gleichviel.ch mit Fokus auf die Kandidatinnen und mit Kleininseraten in den Regionalzeitungen. Gleichzeitig diskutierte man schweizweit über Gleichstellungsanliegen in unserer Partei und über die Gründung der SP-Frauen als eigenständiges Organ.

Die Kerngruppe Aargau beschloss darauf, die kritischen Töne aufzunehmen und einen Visionsworkshop unter fachkundiger Moderation durchzuführen. Leider fühlte sich die Kerngruppe zu wenig unterstützt und spürte wenig Wertschätzung aus den



Wahlveranstaltung der SP Frauen vom 17. August

NEUSTART

Spag. Die Kerngruppe der SP Frauen Aargau hat die Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau im Mai 2012 über ihren Rücktritt per Ende Oktober 2012 informiert. Der Parteipräsident hat mit Schreiben vom 21. Mai an die Kerngruppe mit grossem Ausdruck von Wertschätzung für die geleistete Arbeit ge-

dankt, den Rücktritt angenommen und die Absicht der Geschäftsleitung bekräftigt, sich der aufgeworfenen Fragestellungen bezüglich der Struktur der SP Frauen Aargau prioritär anzunehmen. In einer der nächsten links.ag-Nummern wird über das beabsichtigte weitere Vorgehen informiert.

Leitungsgremien der SP. Ursula Nakamura, Elisabeth Burgener, Trix Beck und Edith Lüscher entschlossen sich darauf, zurückzutreten und die Verantwortung und Themensetzung in neue Hände zu legen. Es bleibt das Anliegen, dass die SP Frauen Aargau weiterhin eine wichtige und aktive Rolle spielen. So wie Muskeln durch Ausruhen erlahmen, so schnell verschwinden Gleichstellungsanliegen aus dem Blickfeld, wenn sich niemand des Themas annimmt!

Wir wünschen der neuen Kerngruppe – Namen sind bis dato nicht bekannt – viel Elan, offene Ohren und die Unterstützung vieler Frauen und Männer.



Edith Lüscher von Staufen war SP-Grossrätin und leitete bis am 30. Oktober 2012 die Kerngruppe Frauen Aargau.

AGENDA

6. und 20. November, 4. und 18. Dezember, jeweils 17.30 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau

13. November, 19–21 Uhr im Restaurant Rathausgarten, Aarau
Parteirat

21. November, 19.30 Uhr, Rathaus Wettingen, Lägerstube (6. Stock)

Yvonne Feri: Erfahrungen – Eindrücke – Ereignisse –

365 Tage Nationalrat

Die Veranstaltung ist öffentlich. Bitte um Anmeldung an yvonne.feri@parl.ch oder 056 426 96 03. Selbstverständlich darf man auch spontan kommen!

20. Dezember 2012

Berner Suppe à la Nationalrat Max Chopard

19 bis 21.30 Uhr im Naturfreundehaus Gisliflue, Oberflachs

PAROLEN

Abstimmung vom 25. November

Eidgenössische Vorlage

Ja zur Änderung vom 16. März 2012 des Tierseuchengesetzes (TSG)

Es findet keine kantonale Abstimmung statt.

16. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag 20. Dezember 2012
19.00 bis 20.30 Uhr

Naturfreundehaus Gisliflue
5108 Oberflachs

Bericht von der Wintersession

mit offerierter Suppe

Es lädt ein:
SP Bezirk Lenzburg
Naturfreunde Lenzburg

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43
Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74
Fax 062 834 94 75
[sekretariat\(at\)sp-aargau.ch](mailto:sekretariat(at)sp-aargau.ch)
www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3255 Expl.

Redaktion: Katharina Kerr
[katkerr\(at\)katkerr.ch](mailto:katkerr(at)katkerr.ch)

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
22. Oktober 2012
Redaktionsschluss nächste Ausgabe
3. Dezember 2012

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Astrid Andermatt, Elisabeth Burgener, Marco Hardmeier, Urs Hofmann, Katharina Kerr und Eva Schaffner.
Fotos: S. 12 und 15 Johannes Rüesch, S. 16 Ursula Nakamura.